

Dienstag, 29. September 2026, FRS: Stadtausgabe / Feuilleton

ZUR PERSON

„Die Linke hat ein explizites Verhältnis zum Staat Israel – aber das ist nicht Antisemitismus“



Eine sogenannte pro-palästinensische Demonstration in Berlin. © IMAGO

Antisemitismus-Forscher Wolfgang Benz über Vorwürfe gegen die Linke, sie sei antisemitisch, und die Debattenkultur in Deutschland. Ein Interview von Michael Hesse

Wolfgang Benz gilt als einer der versiertesten Antisemitismus-Experten in Deutschland.

„Dem Übereifer junger palästinensischer Männer, die auf Berlins Straßen unanständige Parolen rufen, muss man Einhalt gebieten“

Herr Benz, die Linke ist mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert. Kann man einmal grundsätzlich sagen: Wann liegt Antisemitismus vor?

Das kann man durchaus sagen. Die einfachste Definition lautet: Antisemitismus ist Feindschaft gegen Juden, weil sie Juden sind. Das muss man natürlich differenzieren. Es gibt eine religiös bedingte Judenfeindschaft, das ist der alte Antijudaismus. Es gibt die rassistische Variante, die im 19. Jahrhundert entstand und mit der auch der Begriff Antisemitismus aufkam. Und es gibt den heutigen politischen Sprachgebrauch, der den Begriff Antisemitismus als ultimatives Argument benutzt – vor allem zur Abwehr jeglicher Kritik an der Politik oder an militärischen Handlungen des Staates Israel.

Die Diskussion darüber, was Antisemitismus ist, wird ja schon lange geführt. Wie eindeutig lässt sich der Begriff definieren? Gibt es Grauzonen?

Nein, das sind keine Grauzonen. Das ist genau definierbar und differenzierbar. Es gibt den religiös motivierten Antijudaismus, also die alte, rund 2000 Jahre alte Form der Judenfeindschaft. Es gibt den rassistischen Antisemitismus. Es gibt einen sekundären Antisemitismus, der aus Scham, Schuld und Schuldumkehr geboren ist: also nicht trotz Auschwitz, sondern wegen Auschwitz hassen manche Menschen Juden. Und in der DDR war Antizionismus Staatsdoktrin. Das richtete sich nicht gegen die Juden, sondern gegen den Staat Israel und war eine politische Parteinahme. Mit diesem Erbe wird heute gewuchert, indem jede Kritik an Israel, also an Handlungen israelischer Politiker, des israelischen Militärs oder an israelischer Politik schlechthin, als antisemitisch denunziert wird.

Es gibt verschiedene Definitionen von Antisemitismus, etwa die IHRA-Definition und die Jerusalemer Erklärung. Worin unterscheiden sie sich?

Die eine Definition ist eine rein politische Definition, die auch von der Bundesregierung vor Jahren noch einmal verschärft wurde und den Israel-Bezug sehr deutlich herausarbeitet. Sie wird als politisches Argument verwendet und liegt sehr im Sinne auch der israelischen Politik. Die andere, die Jerusalemer Erklärung, ist von jüdischen und nichtjüdischen Wissenschaftlern und Fachleuten erarbeitet worden und wird von politisch Interessierten heftig bekämpft. Was mich als Antisemitismusforscher, der mehr als 20 Jahre auf diesem Feld gearbeitet hat, in der Gegenwart ein wenig verstört: Alle wissen es besser. Die Antisemitismusexperten sind plötzlich wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden geschossen. Jeder Politiker bis hinauf zum Bundeskanzler kann uns erklären, was Antisemitismus ist, unter Umständen mit

den schiefsten Bildern und Vergleichen. Aber es geht um die Deutungslosigkeit. Die wird von Politikern, selbstverständlich vom israelischen Botschafter und auch von Aktivisten beansprucht. Was der Kern der Sache wirklich ist – das Vorurteil und das daraus entwickelte Feindbild gegen die Juden als Gemeinschaft –, geht dabei ganz verloren.

Wo verläuft dann die Trennlinie? Darf man Israel als Staat kritisieren?

Ja, das darf man. Das wird uns auch von israelischen Politikern und Offiziellen immer wieder versichert. Es ist ganz selbstverständlich, dass wir das Existenzrecht Israels genauso wenig infrage stellen dürfen, können und wollen wie das Existenzrecht der Vereinigten Staaten von Amerika, Österreichs oder irgendeines anderen Staates. Was die Sache schwierig macht, ist, dass Palästina-Aktivisten, die sich gegen den Staat Israel als Besatzungsmacht wenden und ihm vorwerfen, eine Zwei-Staaten-Lösung seit Jahrzehnten zu verhindern, sich teilweise aus dem Arsenal der Judenfeindschaft bedienen. Wenn sie nicht hinnehmbare Parolen aus diesem Arsenal benutzen, dürfen wir uns aber nicht behaglich zurücklehnen und sagen: Das sind eben die Palästinenser oder die Araber oder die Muslime überhaupt, die sind genuin antisemitisch. Nein.

Aber?

Wenn Judenfeindschaft als politische Waffe gegen Israel missbraucht und artikuliert wird, dann bedient man sich aus den Magazinen der Judenfeindschaft, die über Jahrhunderte hinweg – mit Höhepunkten im 19. Jahrhundert und mit der Katastrophe des Holocaust im 20. Jahrhundert – in Europa, im christlichen Abendland, entwickelt wurden. Das christliche Abendland ist der Entstehungsort und die Schatzkammer der Judenfeindschaft, nicht Damaskus oder irgendein anderes Zentrum der muslimischen Welt.

Welche Slogans oder Begriffe sind denn tatsächlich antisemitisch, wenn sie beispielsweise von palästinensischen Aktivisten in Deutschland verwendet werden? Etwa der Begriff „Kindermörder“?

Das geht auf den religiösen Antijudaismus zurück. Die Vorstellung vom Kindermord gehört zu den alten Erzählungen der Judenfeindschaft. Solche Bilder sind aus dem religiösen Antijudaismus in den rassistischen Antisemitismus hinübergewandert und werden heute teilweise auch im politischen Kampf um einen unabhängigen Staat Palästina gebraucht. Bei allem Verständnis für das Streben nach einem palästinensischen Staat ist es nicht erlaubt und unanständig, in diese Mottenkiste der Judenfeindschaft zu greifen und daraus Schlagworte zu formulieren. Aber das bietet vernünftigen Men-

schen keine Handhabe zu sagen: Alle Palästinenser und alle, die sich für einen palästinensischen Staat einsetzen, sind Antisemiten. Das geschieht leider im Augenblick mit erheblicher Wut und Verbissenheit.

Pro-palästinensische Kräfte werden also Ihrer Ansicht nach zu schnell mit antisemitischen Gruppen gleichgesetzt?

Ja. Auf der einen Seite werden Palästinenser als Feinde betrachtet und mit der Hamas gleichgesetzt. Das ist ungefähr so logisch, als würde man jeden Katholiken als Anhänger und Befürworter einer Bande von Kinderschändern in Soutanen denunzieren.

Viele Palästinenser in Deutschland oder zumindest einige suchen die Nähe zur Linkspartei. Die Linke hat sich per Parteitagsbeschluss dazu entschlossen, das Vorgehen Israels in Gaza als Völkermord zu bezeichnen. Ist diese Bezeichnung selbst antisemitisch?

Nein. Das ist eine Feststellung, die übrigens von vielen Politikern in der Welt, in den Vereinten Nationen und auch von vielen jüdischen Bürgern Israels geteilt wird. Das hat mit Antisemitismus nichts zu tun. Die Vorgänge und die Kriegsführung in Gaza klar zu benennen, ist nicht antisemitisch.

Ähnliches gilt für den Begriff „Apartheid“, wenn er auf Israel bezogen wird. Kritiker sagen, es gebe unterschiedliche Rechtssysteme für Palästinenser und Israelis beziehungsweise Juden, deshalb sei der Begriff zutreffend. Andere halten ihn für antisemitisch.

Da prallen Aktionismus und gebündelte Unwissenheit im Detail aufeinander. Wenn man die Welt in griffige Parolen einteilt, muss man nicht mehr differenzieren. Das Ergebnis ist dann die Polarisierung, wie wir sie derzeit auch in unserer Gesellschaft erleben. Man hört einander nicht mehr zu, sondern wirft sich nur noch Begriffe wie „Antisemit“ oder „Apartheid“ an den Kopf. Man weiß im Einzelnen gar nicht mehr so genau, was gemeint ist. Aber man trifft damit den Gegner und grenzt ihn aus. Das ist das Ende der Diskussion. Dann gibt es nur noch den Kampf bis zum Ende.

Es gibt begreiflicherweise starke Emotionen – auf jüdischer Seite nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023, aber auch auf palästinensischer Seite angesichts von Israels Kriegsführung in Gaza und der Lage im Westjordanland. Wie bewerten Sie Forderungen, Israel von der Landkarte zu streichen?

Solche Wünsche sind vollkommen unstatthaft. Da mengt sich bei dem einen oder anderen sicherlich auch Judenfeindschaft ein. Anders kann man das kaum erklären. Man kann in Deutschland nicht ungestraft sagen: „Ich hasse die Juden.“ Man muss das mit irgendetwas verbrämen. Und die derzeitige Politik des Staates Israel lädt natürlich dazu ein, solche Ressentiments politisch zu verkleiden. Aber Israel von der Landkarte streichen zu wollen, ist vollkommen unstatthaft. Das ist vermutlich ein Indiz dafür, wie sich politische Gegnerschaft und politisches Interesse mit emotionaler Judenfeindschaft vermengen. Denn bei allem Grässlichen, was etwa der derzeitige amerikanische Präsident anrichtet: Ich habe noch nie das Argument gehört, man müsse die USA von der Landkarte streichen. Dieses politische Argument, unterfüttert mit emotionaler Judenfeindschaft, ist im Fall Israels etwas Besonderes. Auch unser Verhältnis zum Staat Israel ist nicht dasselbe wie zu einem beliebigen anderen Staat. Für uns spielt der Holocaust auch in den nächsten Generationen noch eine zentrale Rolle, auch wenn etwa die AfD und andere Konservative das nicht wahrhaben wollen. Israel hat ein Alleinstellungsmerkmal. Das bedeutet aber nicht, dass man jede Handlung, wozu auch eine barbarische Kriegsführung in Gaza gehört, billigen muss.

Wie ist denn Ihre persönliche Meinung dazu?

Ich möchte meine eigene Position beschreiben: Ich lasse mich nicht von meiner Empathie gegenüber dem Staat Israel abbringen, die seit meiner Jugend Teil meiner Sozialisation ist. Genauso wenig lasse ich mich von meinem Mitleid mit der geschundenen Zivilbevölkerung Palästinas oder dessen, was von Palästina übrig ist, abbringen. Das muss doch jeder denkende und fühlende Mensch unter einen Hut bringen können: Empathie für die eine Seite, ohne die andere Seite auszulöschen. Und wenn ich höre, dass ein faschistischer israelischer Minister öffentlich davon spricht, man müsse jeden Tag 30 oder 40 Palästinenser töten und das sei gut, dann dreht sich mir wirklich alles um. Ich wundere mich, dass das in der Bundesrepublik nicht zu größeren Reaktionen geführt hat. Das war einen Tag lang eine Nachricht. Der Bundeskanzler hat ausrichten lassen, dass er das nicht gut findet. Sogar der Zentralrat der Juden in Deutschland hat erklärt, das sei nicht seine Linie. Aber die Empörung darüber, dass ein amtierender Minister eines Landes zur Ausrottung einer verfeindeten Nachbarbevölkerung aufruft, habe ich vermisst. Umso mehr erstaunt mich die Wut, mit der jetzt die Linke als Ganzes als Antisemitenpartei denunziert wird.

Sehen Sie denn innerhalb der Linken besondere Probleme im Verhältnis zu Israel, die sich von denen anderer Parteien – etwa der Grünen oder der

CDU – unterscheiden und es rechtfertigen würden, von Antisemitismus zu sprechen?

Nein. Ich sehe, dass die Linke ein explizites Verhältnis zum Staat Israel hat. Aber ich versuche deutlich zu machen, dass das nicht Antisemitismus ist. Ich bin auch vollkommen kritisch gegenüber der Tatsache, dass zu einer Siegesfeier der Linken in Berlin ein radikaler Abgeordneter einen kriminellen Clan-Chef mitbringt. Das finde ich unglaublich. Aber das ist ein Problem der Linken, und sie hat überzeugend erklärt, wie sie damit umgehen will. Der Mann war nicht willkommen. Der Abgeordnete, der ihn eingeschleust hat, ist in seinen Funktionen stillgelegt worden, und man will ihn offenbar auch loswerden. Aber das ist kein Beweis dafür, dass die Linke als demokratische Partei insgesamt antisemitisch ist.

Unter Unterstützern der Linken finden sich auch palästinensische Aktivisten. Immer wieder hört man den Slogan „From the river to the sea“ oder sieht Symbole und Farben, die mit der Hamas in Verbindung gebracht werden. Sind das antisemitische Handlungen?

Das sind zunächst politische Äußerungen gegen einen Staat, dem Besatzungsherrschaft in Palästina vorgeworfen wird. Solche Äußerungen können sehr unanständig und sehr unfein sein, aber sie sind zunächst politische Äußerungen. Dem Übereifer junger palästinensischer Männer, die auf Berlins Straßen unanständige Parolen rufen, muss man Einhalt gebieten, und dem wird auch Einhalt geboten. Aber das wiederum zu instrumentalisieren, um der Linken einen Wahlsieg streitig zu machen, den sie wegen eines zentralen Themas errungen hat, nämlich der Wohnungsnot in Berlin und der politischen Absicht, große Wohnungseigentümer zu vergesellschaften, halte ich für falsch.

Der israelische Botschafter Ron Prosor behauptet immer wieder, Antisemitismus sei vor allem auch bei Linken stark ausgeprägt. Rechtsextremer Antisemitismus sei zwar zu beachten, aber linker Antisemitismus sei mindestens ebenso gefährlich. Was sagen Sie dazu?

Der israelische Botschafter hat sich meistens als grob gezeigt. Feine Diplomatie ist nicht seine Art. Er denunziert auch Wissenschaftler, die seriöse Abhandlungen über das Palästina-Problem veröffentlichen, als Feinde Israels. Er ist also schnell mit solchen Vorwürfen zur Hand. Er vertritt immerhin eine Regierung, in der auch Faschisten und ausgewiesene Rechtsextremisten Minister sind. Das steht natürlich der AfD, also den Rechten in Deutschland, näher als den Linken, die manchmal ein bisschen zu laut und zu aktivistisch sind und nicht nur dem israelischen Botschafter auf die Nerven gehen, son-

dern auch den Parteien, die zuletzt in Berlin im Wahlkampf gegen sie verloren haben.

Sie selbst sind für frühere Äußerungen zum Verhältnis von Linken, Antisemitismus sowie zur Situation von Juden und Palästinensern in Deutschland kritisiert worden. Ihnen wird entgegengehalten, Juden fühlten sich keineswegs sicher, etwa wenn sie ihre Kinder in den Kindergarten bringen. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Ich sage seit Jahrzehnten, dass Juden als Minderheit in Deutschland das Recht haben, Angst zu haben. Sie haben auch ein Rechtfertigungsbedürfnis dafür, im Land der Täter des Holocaust zu leben. Ich selbst würde die Größe vermutlich nicht aufbringen, in einem Land zu leben, dessen Bürger oder in dessen Namen handelnde Menschen meine Großeltern ermordet hätten. Ich kritisiere also keineswegs irgendeinen Juden, der in Deutschland lebt, weil er auf der Hut ist oder Angst hat. Aber die scheinheilige Behauptung, eine Beteiligung der Linken an einer Landesregierung in Berlin würde die Sicherheit jüdischer Bürger beeinträchtigen, halte ich für pure Heuchelei.

Wolfgang Benz ist Historiker und Vorurteilsforscher und emeritierter Professor. An der Technischen Universität Berlin leitete er bis 2011 das Zentrum für Antisemitismusforschung, das über Vorurteile und ihre Folgen forscht.

Zuletzt erschien von ihm: „Exil. Geschichte einer Vertreibung 1933-1945“. C. H. Beck. 407 Seiten. 36 Euro.